



Bewertung  
ImFokus

# Insel der Seligen?

**Nachgedacht.** Nach den sinnlosen Aggressionen an der osteuropäischen Außengrenze ist man geneigt, Österreich weiterhin als ein sicheres Land mit hohem Wohlfühlfaktor zu betrachten.



## Wolfgang M. Fessl

Wolfgang M. Fessl ist Geschäftsführer bei [Reinberg & Partner](#). Insgesamt verfügt er über mehr als 20 Jahre Erfahrung im nationalen und internationalen Immobiliengeschäft. Fessl ist allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger, Immobilienreuhänder (Makler), Member der Royal Institution of Chartered Surveyors (RICS), zertifiziert nach CIS Immozert und Recognised European Valuer (REV).

dem Jahr 2000 mehr als ein Drittel der Minister Gegenstand von Ermittlungen der örtlichen Staatsanwaltschaft waren, nämlich exakt 32 von 89 Regierungsmitgliedern.

Das kann andernorts dann auch so weit gehen, dass hohe Beamte in der Justiz die eigene Staatsanwaltschaft (nämlich jene für Korruption zuständige) überwachen lassen möchten. Anderswo wurden im letzten Jahr nicht weniger als drei Kanzler und drei Gesundheitsminister verbraucht.

Besonders in Zeiten der Pandemie, in der man der Gesellschaft einen drastischen Lockdown auferlegt hat, konnte sich ein Land dadurch profilieren, dass sich die Regierungsspitze in entlegenen Bergtälern feiern ließ, während man dem gewöhnlichen Volk die öffentlichen Grünflächen versperrte.

Andernorts hatte der Arbeitsminister während der Corona-Krise sogar Zeit, sein Studium voranzutreiben und seine Doktorarbeit zu schreiben. Als Entschuldigungsgrund könnte nur gelten, dass die Arbeit gekauft war und er daher recht wenig Aufwand damit gehabt haben dürfte.

Es gibt auch Länder, in denen der Kanzler offen im Fernsehen zugibt, das man sich dessen bewusst ist, dass die jüngsten Entschlüsse der Legislative in krassem Widerspruch zur Verfassung stehen, man dies aber als Spitzfindigkeit betrachte und man davon ausgehe, dass die Rüge des Verfassungsgerichtes ohnehin länger dauert als die Gültigkeit des Gesetzes. Nein, ich spreche hier nicht von einer Diktatur.

In einigen Ländern spielt der Postenschacher eine große Rolle, da kann es schon passieren,

dass ein kleiner Vermögensberater die staatliche Gesellschaft für Glücksspiel (Umsatz 1,2 Milliarden Euro) leiten soll. Oder dass ein eigenes Ressort für Daseinsvorsorge geschaffen wird, bei welchem der örtliche Rechnungshof jedoch keine Aktivitäten feststellen kann. Einmal ist es vorgekommen, dass ein Finanzbeamter, der für den Vorstand der größten staatlichen Beteiligungsgesellschaft (diese verwaltet fast 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes) kandidiert hat, nicht nur die Stellenausschreibung auf seine Person zugeschnitten hat, sondern – wie sich nachträglich herausgestellt hat – nicht einmal sein Mobiltelefon richtig bedienen konnte. Vor allem mit der Löschfunktion soll er so seine Probleme gehabt haben.

Es gab auch schon Politiker, die, schon bevor sie Regierungsmitglied wurden, konkrete Vorstellungen hinsichtlich ihrer zukünftigen Korruption hatten und versucht haben, Teile der Infrastruktur, wie zum Beispiel ganze Tageszeitungen, zu verkaufen. Es soll auch Länder geben, in denen die jeweilige Regierung nicht von Meinungsumfragen abhängig ist, sondern solche Umfragen – inklusive einem günstigen Ergebnis selbst gestaltet.

All das würde ich gerne im Ausland verortet sehen, dem ist aber nicht so. Sind das wirklich jene Leute, die über andere Berufe urteilen? Leben wir wirklich auf einer Insel der Seligen? ■

Kolumne: Wolfgang M. Fessl

Die letzte Pressekonferenz der Regierung zum Bestellerprinzip wirft auf diese Annahme ein anderes Licht. Ich kann dem Bestellerprinzip durchaus viel abgewinnen aber deswegen gleich eine ganze Branche zu diskreditieren, ist auch ein starkes Stück. Und wie tun sich andere Länder in Europa mit ihren Regierungen?

Da gibt es zum Beispiel Länder, in denen die Parteienfinanzierung nicht auf Spenden oder Mitgliedsbeiträgen basiert, sondern sich die jeweils regierenden Parteien das Geld aus den Steuertöpfen selbst zuteilen, ohne Kontrolle von außen. Auch die Besetzung von Aufsichtsratsposten des staatlichen Rundfunks mit Mitgliedern der aktuellen Regierungsparteien passiert nicht nur in totalitären Regimen. Es ist auch schon vorgekommen, dass ein Parlamentspräsident (gegen den aktuell wegen Amtsmissbrauch ermittelt wird) eine Untersuchung gegen die eigene Fraktion geleitet hat.

Dann gibt es Länder, in denen die Korruptionsanfälligkeit von Regierungsmitgliedern besonders hoch sein dürfte und in denen seit

